## S 9 AS 524/17

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung

Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren abschließende Entscheidung, unzulässige

Rechtsausübung, Verwirkung,

Verwirkungsverhalten

Leitsätze 1. Für die Annahme einer Verwirkung kann

der Zeitraum des Unterlassens einer

Rechtsausübung nicht starr in

entsprechender Anwendung von Normen des

Sozialverwaltungsverfahrens bestimmt

werden (Festhalten an der Senatsrechtsprechung).

nach abschließenden Angaben ergehe ohne Änderungen nur auf Antrag eine

2. Ein Hinweis in der vorläufigen Bewilligung,

abschließende Entscheidung, kann ein die

Verwirkung auslösender Umstand sein. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a SGB II (in der bis zum 31.03.2011 geltenden Fassung), § 41a Abs. 5 Satz 1 SGB II, § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1

<u>SGB II</u>, <u>§§ 44</u> ff. SGB X

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 9 AS 524/17 Datum 25.04.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 AS 694/19 Datum 15.12.2022

3. Instanz

Datum -

Â

Α	A
	Â
Â	
Â	
I.	Auf die Berufung des Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Leipzig  vom 25. April 2019 aufgehoben und die Klage abgewiesen.
Â	
II.	Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
Â	
III.	Die Revision wird nicht zugelassen.
Â	
Â	
Â	
<u>Tatbestand</u>	
Â	
	dungen Ã⅓ber die abschlieÃ∏ende Bewilligung von Leistungen zur unterhalts (Leistungen) und Festsetzung der zu erstattenden

Im Streit sind Entscheidungen über die abschlieÃ $\Box$ ende Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Leistungen) und Festsetzung der zu erstattenden vorlÃ $\Box$ ufig erbrachten Leistungen fÃ $\Box$ 4r MÃ $\Box$ 2011. Dabei streiten die Beteiligten vornehmlich darÃ $\Box$ 4ber, ob die Erstattungsforderungen des Beklagten verwirkt sind. Hiervon geht die Vorinstanz bei einem Zeitablauf von zwei Jahren zwischen abschlieÃ $\Box$ enden Angaben zum Einkommen und abschlieÃ $\Box$ ender Entscheidung aus. Insgesamt sind hierzu beim Senat zehn entsprechende Rechtsstreitigkeiten der Beteiligten fÃ $\Box$ 4r Zeiten von MÃ $\Box$ 2011 bis MÃ $\Box$ 2017 anhÃ $\Box$ 3 ist der Beklagte in fÃ $\Box$ 4nf Verfahren BerufungsfÃ $\Box$ 4hrer (vgl. die vier veiteren Senatsentscheidungen v. heutigen v. heutigen v. heutigen v. heutigen v. heutigen v. heutigen v. die Leitentscheidung des Senats, in den

weiteren Verfahren darauf Bezug nehmende Parallelentscheidungen unter Berýcksichtigung von Besonderheiten in den jeweiligen Bewilligungszeiträumen.

# Â

Der 1957 geborene und ledige Kl $ilde{A}$  $ilde{a}$ ger war seit 1997 selbst $ilde{A}$  $ilde{a}$ ndig t $ilde{A}$  $ilde{a}$ tig, ab 1998 erweitert um die T $ilde{A}$  $ilde{a}$ tigkeiten Kurierdienst und Hausmeisterdienste (Gewerbe-Ummeldung v. 13.08.1998). F $ilde{A}$  $ilde{A}$  $ilde{a}$  eine private Kranken- und Pflegeversicherung zahlte er insgesamt  $ilde{A}$  270,52 $ilde{A}$   $ilde{a}$  $ilde{$ 

## Â

# Â

Der Kl\tilde{A}\tilde{x}ger ist Eigent\tilde{A}^1\tilde{\text{4}}mer eines 1870 bebauten Hausgrundst\tilde{A}^1\tilde{\text{4}}cks mit einer GrundstücksflÃxche von ca. 200 mÂ2 und einer selbst genutzten WohnflÃxche (drei Räume nebst Bad und Küche) von ca. 50 m². Die Heizung erfolgte durch einen Holz-̸lofen (Wohnzimmer), die Warmwassererzeugung (Durchlauferhitzer) und Küche (Boiler) elektrisch (Ermittlungsbericht des Beklagten v. 07.05.2014 über eine Vorortbegehung am 06.05.2014). Der Kläger hatte nach seinem Vorbringen in den Verwaltungsverfahren regelmäÃ□ige, nicht stets monatlich fällige Aufwendungen für Abfall-(halbjährlich) sowie (Ab-, Trink-Wassergebühren (zweimonatlich), Grundsteuer (vierteljährlich), Beiträge für eine Gebäudeversicherung (vierteljährlich), Heizung (Heizöl, Reparatur und Wartung), Schornsteinfegerarbeiten (dreimal jĤhrlich) und Stromkosten (monatlich) sowie weitere unregelmäÃ∏ige Aufwendungen, auch nach Abrechnungen vorgenannter Aufwendungen. Für März 2011 sind Abschläge von 28,- â□¬ für Trinkwasser (Kommunale Wasserwerke Xâ□|. GmbH, Rechnung v. 20.05.2010) und 29,- â□¬ für Strom (envia Mitteldeutsche Energie AG, Jahresrechnung v. 02.02.2011) nachgewiesen. Weitere tatsÃxchliche Aufwendungen sind weder durch Gebührenbescheide, Rechnungen o.Ãx. noch durch Kontoauszüge konkret nachgewiesen.

# Â

Der Beklagte erbrachte dem Kl $\tilde{A}$ ¤ger ab August 2010 erneut Leistungen. Am 08.02.2011 beantragte der Kl $\tilde{A}$ ¤ger deren Weiterbewilligung ab M $\tilde{A}$ ¤rz 2011 (am 28.01.2011 unterzeichnetes Antragsformular). Nach Aufforderung des Beklagten legte er Erkl $\tilde{A}$ ¤rungen vom 10.02.2011 und 07.03.2011 zum voraussichtlichen Einkommen f $\tilde{A}$ ½r M $\tilde{A}$ ¤rz bis September 2011 vor. Der Beklagte bewilligte ihm f $\tilde{A}$ ½r M $\tilde{A}$ ¤rz 2011 (f $\tilde{A}$ ½r April bis September 2011 vgl. Senatsentscheidung v. heutigen Tag  $\hat{a}$   $\square$  L 7 AS 632/19) vorl $\tilde{A}$ ¤ufig

zunächst 670,15Â â $\Box$ ¬ (Bescheid v. 11.03.2011) und änderte die Bewilligung unter Aufrechterhaltung deren Vorläufigkeit auf 675,15 â $\Box$ ¬ (Bescheid v. 26.03.2011). Dabei erkannte der Beklagte einen Bedarf von insgesamt 40,63 â $\Box$ ¬ an Kosten für Unterkunft und Heizung (KdUH) an, die er aus zu unterschiedlichen Zeiten fälligen Aufwendungen rechnerisch ermittelte (Bescheid v. 11.03.2011, S. 3). Aus verwaltungstechnischen Gründen würden als Stichtage für die Ã $\Box$ berprüfung des Einkommens aus selbständiger Tätigkeit der 31. März fþr das erste Halbjahr und der 30. September für das zweite Halbjahr gesetzt. Somit verk $\eth$ 4¼rze sich der aktuelle Bewilligungsabschnitt auf einen Monat. Unter den Gr $\eth$ 4¾nden f $\eth$ 4¾r die vorl $\eth$ 8 ufige Bewilligung f $\eth$ 4¼hrte der Beklagte u.a. Folgendes aus (Bescheid v. 11.03.2011, S. 2):

#### Â

â□□Eine abschlieÃ□ende Entscheidung ist erst möglich, wenn die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben im Bewilligungszeitraum feststehen. Ich bitte Sie daher, hierzu den Vordruck â□□AbschlieÃ□ende Angaben zum Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Fortwirtschaft nach Ablauf des Bewilligungszeitraumesâ□□ zu verwenden. Werden Einnahmen und Ausgaben nicht innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten nach Ende des Bewilligungszeitraums nachgewiesen, kann der Grundsicherungsträger das Einkommen im Bewilligungszeitraum fýr die abschlieÃ□ende Entscheidung schätzen. Bitte reichen Sie daher â□□ in Ihrem eigenen Interesse â□□ unverzýglich nach dem Ende des Bewilligungszeitraumes die erforderlichen Unterlagen ein.

### Â

Sie erhalten einen neuen Bescheid, sobald  $\tilde{A}^{1}/4$ ber Ihren Antrag endg $\tilde{A}^{1}/4$ ltig entschieden werden kann und der Anspruch von dem hier bewilligten abweicht. Die bis dahin gezahlten Leistungen werden dabei ber $\tilde{A}^{1}/4$ cksichtigt. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie gegebenenfalls zu viel gezahlte Leistungen erstatten m $\tilde{A}^{1}/4$ ssen. Sofern sich keine  $\tilde{A}$ nderungen ergeben, erhalten Sie nur dann einen Bescheid, wenn Sie dies beantragen ( $\tilde{A}$ 8 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a SGB II i.V.m.  $\tilde{A}$ 8 328 Abs. 2 SGB III). $\hat{a}$ 

#### Â

Widerspruch erhob der KlĤger gegen vorgenannte Bescheide nicht.

#### Â

Die Steuerberaterin des Klägers legte dem Beklagten am 30.05.2011 einen Betriebswirtschaftlichen Kurzbericht zum 28.02.2011 und am 16.09.2011 einen entsprechenden Bericht zum 31.08.2011 vor.

## Â

Nach zwei Schreiben des Beklagten ( $\hat{a} \square Anh \tilde{A} \text{ rung} \hat{a} \square v. 13.03.2013$ ) legte der Kl $\tilde{A} \text{ xger}$  am 25.03.2013 die vorgenannten Vordrucke (Anlage Abschl. EKS) f $\tilde{A} \text{ rung} \hat{A} \text{ xrz}$  2011 und April bis September 2011 vor (am 15./22.03.2013 unterzeichnete Formulare). Auf deren

Inhalt wird Bezug genommen (Bl. F47 ff. und G38 ff. der Verwaltungsakte).

# Â

Ohne weitere vorherige Kommunikation zwischen den Beteiligten bewilligte der Beklagte dem Kl $\tilde{A}$ ¤ger f $\tilde{A}$ ½r M $\tilde{A}$ ¤rz 2011 unter Ber $\tilde{A}$ ½cksichtigung eines Einkommens von 360,-  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ (bei einem Gewinn von 550,-  $\hat{a}$  $\Box$ ¬) abschlie $\tilde{A}$  $\Box$ end insgesamt 315,15  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ (4,-  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ Regelbedarf + 40,63  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ Bedarf f $\tilde{A}$ ½r KdUH + 270,52  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ Zuschuss f $\tilde{A}$ ½r Kranken- und Pflegeversicherung), ohne von seinen Angaben in der Anlage Abschl. EKS abzuweichen (Bescheid v. 06.10.2015). Weiterhin setzte er die vom Kl $\tilde{A}$ ¤ger zu erstattenden, ihm vorl $\tilde{A}$ ¤ufig erbrachten, Leistungen auf 360,-  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ fest (Bescheid v. 02.10.2015).

## Â

Den dagegen vom Kläger erhobenen Widersprüchen (zwei Schreiben seines früheren Bevollmächtigten v. 20.10.2015) half der Beklagte teilweise ab, bewilligte dem Kläger für März 2011 unter Anerkennung eines Mehrbedarfs für dezentrale Warmwassererzeugung von 8,37 â $\neg$  insgesamt 323,13 â $\neg$  (Bescheid v. 28.12.2016), änderte den Erstattungsbetrag auf 352,02 â $\neg$  (weiterer Bescheid v. 28.12.2016) und wies die Widersprüche im Ã $\neg$ brigen unter Zusammenfassung zu einem Vorverfahren bei einer Kostenerstattung von 20 Prozent zurück (Widerspruchsbescheid v. 12.01.2017, W 3057/15).

### Â

Dagegen hat der KlĤger am 17.02.2017 beim Sozialgericht Leipzig (SG) Klage erhoben (Klageschrift v. selben Tag). Nachweise zu (weiteren) tatsächlichen Aufwendungen fþr Unterkunft und Heizung hat der KlĤger trotz Aufforderung des SG (Schreiben v. 19.09.2017) nicht vorgelegt. Das SG hat in vierzehn Rechtstreitigkeiten der Beteiligten den Sachverhalt gemeinsam erĶrtert (Niederschrift v. 11.06.2018) und einen Gesamtvergleich vorgeschlagen (Beschluss v. 09.11.2018), den der Beklagten nicht angenommen hat (Schreiben v. 09.01.2019). Danach hat das SG die streitbefangenen Bescheide aufgehoben, dem Beklagten die Erstattung der auA

ergerichtlichen Kosten des KlA

gers auferlegt und die Berufung zugelassen (Urteil ohne  $m\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung v. 25.04.2019). Der Beklagte habe das Recht, die vorlĤufige Bewilligung zu Lasten des KlĤgers abzuĤndern, verwirkt. Zwar habe noch keine gesetzliche Frist få¼r die endgå¼ltige Bewilligung existiert. Jedoch seien die Voraussetzungen der Verwirkung gegeben. Es liege das erforderliche Umstandsmoment vor, da der Beklagte bei vorlĤufiger Bewilligung den Eindruck erweckt habe, Erstattungsforderungen nur im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Eingang der abschlieÃ□enden EKS geltend zu machen. Durch seine Inaktivität nach Einreichung der abschlieà enden EKS habe der Beklagte schutzwürdiges Vertrauen beim Kläger geschaffen. Das Zeitmoment sei â∏ in Anlehnung an <u>§ 45 Abs. 3 Satz 1 SGB</u> X â□ nach Ablauf einer Frist von zwei Jahren (hier: zweieinhalb Jahre) gegeben. Der Erstattungsbescheid teile das Schicksal des Bewilligungsbescheids. Wann Verwirkung im

Bereich der endg $\tilde{A}^{1}/4$ ltigen Leistungsbewilligung eintrete, sei h $\tilde{A}$ ¶chstrichterlich nicht gekl $\tilde{A}$ ¤rt.

#### Â

Gegen das  $\hat{a}_{\square}$  ihm am 03.05.2019 zugestellte  $\hat{a}_{\square}$  Urteil hat der Beklagte am 03.06.2019 beim erkennenden Gericht Berufung eingelegt (*Berufungsschrift v. 29.05.2019*). Verwirkung sei nicht eingetreten. Eine Frist f $\hat{A}_{1}$ 'r die Geltendmachung der Erstattungsforderung nach endg $\hat{A}_{1}$ '/altiger Festsetzung sei gesetzlich nicht vorgesehen. Die Jahresfrist aus  $\hat{A}_{1}$  45 Abs. 4  $\hat{A}_{1}$  A SGB X d $\hat{A}_{1}$ 'rfe nicht analog angewandt werden. Das Umstandsmoment sei nicht gegeben, da die Vorl $\hat{A}_{1}$  ufigkeit einen Vertrauensschutz ausschlie $\hat{A}_{1}$ e. Das Einkommen des Kl $\hat{A}_{2}$  gers sei zutreffend berechnet worden.

#### Â

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Leipzig vom 25. April 2019 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

# Â

Der KlĤger beantragt,

 $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$   $\hat{A}$  die Berufung zur $\tilde{A}$ ½ckzuweisen, hilfsweise die Revision zuzulassen.

### Â

Er verteidigt die erstinstanzliche Entscheidung. Als Zeitmoment k $\tilde{A}$ ¶nne nicht die Vierjahresfrist der Verj $\tilde{A}$ ¤hrung einer Erstattungsforderung gelten, da diese erst mit deren Bestandskraft beginne. Hier gehe es um die  $\tilde{A}$  $\square$ nderung eines zun $\tilde{A}$ ¤chst richtigen Bescheids und nicht um die Durchsetzung einer falsch festgestellten Forderung. Dabei sei der Leistungstr $\tilde{A}$ ¤ger gesetzlich gehalten, zeitnah zu entscheiden, damit der Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen z $\tilde{A}$ ½gig erhalte. Dar $\tilde{A}$ ½ber hinaus sei der Bescheid rechtswidrig, da lediglich Einkommen von M $\tilde{A}$ ¤rz 2011 berechnet worden sei, obwohl der Bewilligungszeitraum sechs Monate dauere.

## Â

Die Beteiligten haben ihr Einverst $\tilde{A}$ ndnis mit einer Senatsentscheidung ohne m $\tilde{A}$ 4ndliche Verhandlung erkl $\tilde{A}$ nrt (Schreiben v. 02.11.2022).

Â

# EntscheidungsgrÃ1/4nde

#### Â

Die statthafte und auch im Ã\[
\]brigen zul\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ssige Berufung des Beklagten gegen das Urteil des SG vom 25.04.2019 ist begr\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\) det Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) ger rechtswidrig beg\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) stigend und nicht belastend sind. Dar\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\) er konnte der Senat mit Einverst\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\) et eiligten ohne m\(\tilde{A}\)\(^1\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)\(\tilde{b}\)\(\t

#### Â

## Â

Die Berufung ist statthaft ( $\hat{A}$ § 143 SGG), da sie vom SG zugelassen wurde, woran der Senat gebunden ist ( $\hat{A}$ § 144 Abs. 3 SGG). Sie ist auch im  $\tilde{A}$ Drigen zul $\tilde{A}$ xssig, insbesondere formund fristgerecht eingelegt ( $\hat{A}$ § 151 Abs. 1 SGG).

#### Â

Die Berufung ist begründet, da die Klage abzuweisen ist.

#### Â

Statthaft ist die kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage ( $\hat{A}$ § 54 Abs. 1 Satz 1, $\hat{A}$   $\hat{A}$ 

R  $\hat{a} \square Rn. 11 f.$ ). Tats $\tilde{A}$ xchliche Anhaltspunkte f $\tilde{A}^{1}$ 4r ein Begehren auf h $\tilde{A}$ ¶here Leistungen als ihm vorl $\tilde{A}$ xufig bewilligt, sind gleichwohl weder vorgebracht noch erkennbar. Die isolierte (reine) Anfechtungsklage nur gegen eine abschlie $\tilde{A}$ ende Entscheidung ohne Geltendmachung dessen, was als Leistung tats $\tilde{A}$ xchlich beansprucht wird, w $\tilde{A}$ xre nicht statthaft (vgl. weiterhin z.B. BSG v. 12.09.2018  $\hat{a}$   $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$  AS  $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{B}$   $\mathbb{A}$   $\mathbb{A}$ 

# Â

Rechtsgrundlage fÃ $\frac{1}{4}$ r die abschlieÃ $\bigcirc$ ende Entscheidung ist Â $\S$  40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a SGB II (i.d.F. des Gesetzes v. 14.08.2005, BGBI. I S. 2407) i.V.m. Â $\S$  328 Abs. 2 f. SGB III (i.d.F. des Gesetzes v. 24.04.2006, BGBI. I, S. 926). Insbesondere findet die am 01.08.2016 in Kraft getretene Regelung zur abschlieÃ $\bigcirc$ enden Entscheidung Ã $\bigcirc$ 4ber Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ( $\^{A}\S$  41a SGB II) auf zuvor beendete BewilligungszeitrÃ $\u$ 2mme keine Anwendung (vgl. grundlegend BSG v. 12.09.2018  $\^{a}\bigcirc$  B 4 AS 39/17 R  $\^{a}\bigcirc$  Leitsatz 1 und Rn. 23 ff. sowie aus jÃ $\bigcirc$ 4ngerer Zeit z.B. BSG v. 18.05.2022  $\^{a}\bigcirc$  B 7/14 AS 1/21 R  $\^{a}\bigcirc$  Rn. 12 m.w.N.). Die Festsetzung der zu erstattenden Leistungen beruht auf  $\^{A}\S$  328 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1  $\^{A}$  SGB III.

# Â

Der Bescheid vom 28.12.2016  $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Bewilligung von 323,13  $\hat{a}_{\Box}$  gen $\tilde{A}^{1/4}$ gt den Anforderungen an eine abschlie $\tilde{A}_{\Box}$ ende Entscheidung (vgl. hierzu z.B. BSG v. 05.07.2017  $\hat{a}_{\Box\Box}$  B 14 AS 36/16 R  $\hat{a}_{\Box\Box}$  Rn. 14 und BSG v. 12.09.2018  $\hat{a}_{\Box\Box}$  B 14 AS 34/17 R  $\hat{a}_{\Box\Box}$  Rn. 13 f.). Die Vorl $\tilde{A}_{\Box}$ ufigkeit der Bewilligung f $\tilde{A}^{1/4}$ r M $\tilde{A}_{\Box}$ xrz 2011 (Bescheid v. 11.03.2011) hatte der Beklagte aufrechterhalten (Bescheid v. 26.03.2011, S. 2 Ziffer 5).

#### Â

Dahinstehen kann, ob der Beklagte mit der Weiterbewilligung fýr lediglich einen Monat, um zukýnftig einheitliche â $\square$ Stichtage fýr die Ã $\square$ berprüfungâ $\square$  zu setzen (vgl. Bescheid v. 11.03.2011, S. 3), gegen § 41 Abs. 1 Satz 4 SGB II in der bis zum 31.07.2016 geltenden Fassung, wonach Leistungen jeweils für sechs Monate bewilligt werden sollen (zum sog. â $\square$ intendierten Verwaltungsermessenâ $\square$  vgl. z.B. BSG v. 30.10.2013 â $\square$  B 12 R 14/11 R â $\square$  Â Â Rn. 38), verstoÃ $\square$ en hat. Denn die Verkürzung des Bewilligungszeitraums auf einen Monat wirkt sich für den Kläger nicht belastend, sondern begünstigend aus. Bei Berechnung seines Einkommens aus selbständiger Arbeit (vgl. insb. § 3 Alg II-V i.d.F. der Verordnung v. 17.12.2007, BGBl. I S. 2942, und zu den einzelnen Schritten der Berechnung z.B. BSG v. 19.03.2020 â $\square$  B 4 AS 1/20 R â $\square$  Rn. 22 ff. m.w.N.) bei einem angenommenen â $\square$ Soll-Bewilligungszeitraumâ $\square$ 0 von März bis August 2011 ergebe sich bereits nach seinen abschlieÃ $\square$ enden Angaben in den Anlagen EKS vom 15./22.03.2013 statt eines Gewinns von 550,- â $\square$ 9 (März 2011) ein durchschnittlicher

(§ 3 Abs. 4 Satz 1 Alg II-V) Gewinn von 631,17 â□¬ monatlich (März bis August 2011).

# Â

Tatsachen für höhere Bedarfe sind weder vorgetragen noch erkennbar. gesetzeswidrige Verteilung von unterkunftsbezogenen Aufwendungen aus und auf einem/n Zeitraum zeitlichen lA¤ngeren statt der Zuordnung aller heizungsbezogenen Zahlungsverpflichtungen zum Monat ihrer FÄxlligkeit (§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II i.d.F. des Gesetzes v. 24.03.2011, BGBl. I S. 453; vgl. hierzu z.B. BSG v. 19.05.2021  $\hat{a} \square \square B$  14 ASÂ Â Â Â 19/20 RÂ  $\hat{a} \square \square B$  Rn. 21 ff.) wirkt sich wiederum für den Kläger nicht belastend, sondern begünstigend aus, da der Beklagte statt den nachgewiesenen Aufwendungen im M $\tilde{A}$ xrz 2011 von 28,-  $\hat{a}$  (Abschlagszahlung f $\tilde{A}$ 1/4r Trinkwasser) insgesamt 40,63 â ¬ als Bedarf anerkannt hat. Auch insoweit ist trotz der Berufung durch den Beklagten eine für den Kläger ungünstigere Entscheidung als die Klageabweisung wegen des Verbots der â∏reformatio in peiusâ∏ (sog. Verböserungsverbot) ausgeschlossen ( $\hat{A}$ § 153 Abs. 1 i.V.m.  $\hat{A}$ § 123 SGG, vgl. z.B. BSG v. 27.04.2021 $\hat{A}$   $\hat{a} \square \square$  B 12 R 18/19 R â∏ Rn. 41 und Keller in: Meyer-Ladewig u.a., SGG, 13. Aufl., Â§Â 123 Rn. 5 f.).

# Â

Für die dezentrale elektrische Warmwassererzeugung in der Unterkunft des Klägers hat der Beklagte zuletzt ( $\hat{a} \square \tilde{A} \square n$ derungsbescheid  $\tilde{A}^{1/4}$ ber Leistungen $\hat{a} \square \square v$ . 28.12.2016) einen Mehrbedarf von 8,37 â□¬ anerkannt (§ 21 Abs. 7 Satz 1, Satz 2 Halbs. 1 Nr. 1 SGB II i.d.F. des Gesetzes v. 24.03.2011, BGBl. I S. 453, nachfolgend a.F.). Tatsachen für einen hiervon abweichenden (höheren) Bedarf (§ 21 Abs. 7 Satz 2 Halbs. 2 Alt. 1 SGB II a.F., vgl. hierzu z.B. BSG v. 07.12.2017 â□□ B 14 AS 6/17 R â□□ Rn. 21 ff.) hat der Kläger nie Umständen Unter diesen sowie unter Berücksichtigung vorgetragen. nachgewiesenen Aufwendungen für Stromkosten und der in die Bemessung des Regelbedarfs ab 2011 eingegangenen Stromkosten (vgl. hierzu z.B. BSG v. 03.12.2015 â B 4 AS 47/14 R â∏ Rn. 16 f.; zur Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz vgl. z.B. BVerfG v. 23.07.2014  $\hat{a} \square \square$  1 BvL 10/12 u.a.  $\hat{a} \square \square$  insb. Rn. 88, 111 f.) bestand keine Veranlassung f $\tilde{A}^{1/4}$ r (weitere) Ermittlungen von Amts wegen (§ 103 SGG) â∏ins Blaue hineinâ∏ (vgl. hierzu z.B. BSG v. 12.05.2021 â□□ <u>B 4 AS 88/20 R</u> â□□ Rn. 15).

#### Â

Gegen die Berechnung des Einkommens aus selbstĤndiger TĤtigkeit sind weder EinwĤnde vorgebracht noch erkennbar, zumal der Beklagte nicht von den abschlieÄ□enden Angaben des KlĤgers in der Anlage Abschl. EKS abgewichen ist.

#### Â

Schlieà lich hat der Beklagte entgegen der Auffassung des SG, das Recht zur abschlieà enden Entscheidung in geringerer Hà he als vorlà wufig bewilligt nicht verwirkt.

### Â

Vorläufig bewilligte Leistungen fýr vor dem 01.08.2016 beendete Bewilligungszeiträume gelten nur dann als abschlieÃ $\Box$ end festgesetzt, wenn â $\Box$  $\Box$  anders als hier durch die im Dezember 2016 ersetzten Bescheide von Oktober 2015 â $\Box$  $\Box$  innerhalb eines Jahres nach dem 01.08.2016 keine abschlieÃ $\Box$ ende Entscheidung ergeht (§ 41a Abs. 5 Satz 1 i.V.m. § 80 Abs. 2 Nr. 1 SGB II i.d.F. des Gesetzes v. 26.07.2016, BGBl. I S. 1824; zu dieser Vertrauensschutzwirkung vgl. z.B. BSG v. 12.09.2018 â $\Box$  $\Box$  B 4 AS 39/17 R â $\Box$  $\Box$  insb. Rn. 33 f. und ausfýhrlich letztens BSG v. 18.05.2022 â $\Box$  $\Box$  B 7/14 AS 1/21 R â $\Box$  $\Box$  Rn. 13 ff. m.w.N.).

#### Â

Andere gesetzliche (Ein- oder Zwei-Jahres-) Fristen, insbesondere nach <u>§Â§ 44</u> ff. SGB X, und / oder vertrauensschützende Rechtsnormen gelten für die abschlieÃ∏ende Entscheidung nach <u>§ 328 Abs. 2</u> f. SGB III nicht (allg. Auffassung vgl. â∏ teils auch zur sogleich angeführten Verwirkung â□□ allein aus der stRspr. des erkennenden Gerichts nur Urteil v. 08.01.2018 â□□ L 7 AS 1192/16 â□□ n.v. S. 12 f., Beschluss v. 25.07.2018 â□□ L 3 AS 590/17 NZB â□□ juris Rn. 20 ff., Urteil v. v. 19.03.2020 â□□ <u>L 3 AS 621/18</u> â□□ juris Rn. 50, Urteil v. 10.12.2020 â□□ <u>L 3 AS 505/18</u> â□□ juris â□□ Rn. 27 ff., Urteil v. 12.04.2021 â□□ L 7 AS 1157/19 â□□ n.v. S. 12 ff., Urteil v. 29.07.2021 â□□ L 7 AS 344/21 â□□ n.v. S. 7 ff. und Urteil v. 16.12.2021  $\hat{a} \square \square L 7 AS 234/19 \hat{a} \square \square n.v. S. 6 ff.; s. weiterhin beispielhaft ebenso z.B.$ LSG Baden-WÃ $\frac{1}{4}$ rttemberg v. 24.08.2016 â $\boxed{\square}$  L 3 AS 2104/15 â $\boxed{\square}$  juris Rn. 15, 18; LSG das Land Nordrhein-Westfalen v. 04.04.2017  $\hat{a}_{\square \square}$  <u>L 2 AS 1921/16</u>  $\hat{a}_{\square \square}$  juris Rn. 50; ThÃ $\frac{1}{4}$ ringer LSG v. 22.03.2018 â $\boxed{\phantom{0}}$  L 9 AS 323/16 â $\boxed{\phantom{0}}$  juris Rn. 39 ff.; LSG Baden- $W\tilde{A}\frac{1}{4}$ rttemberg v. 31.07.2018 â $\square$  L 13 AS 1951/16 â $\square$  juris Rn. 31; LSG Sachsen-Anhalt v. 06.06.2019 â□□ <u>L 4 AS 272/17</u> â□□ juris Rn. 56 ff.; Hess. LSG v. 04.08.2021 â□□ <u>L 6 AS</u> 268/19 â ☐ juris Rn. 57, dem zustimmend z.B. Lange, NZS 2022, S. 317, und Kallert in: Gagel, SGB II / III, <u>§ 328 SGB III</u> Rn. 83b, 90 m.w.N, Stand: März 2022).

# Â

Die abschlieÄ $\square$ ende Entscheidung in geringerer HĶhe als vorlÄ $\square$ ufig bewilligt kann allenfalls verwirkt sein, wenn die Voraussetzungen fÄ $^1$ /4r diesen Unterfall der unzulÄ $\square$ ssigen RechtsausÃ $^1$ /4bung (vgl. hierzu nur BSG 05.09.2019 â $\square$ 0 B 8 SO 20/18 R â $\square$ 0 Rn. 20 m.w.N.) vorliegen.

#### Â

Das im bürgerlichen Recht als Ausprägung des Grundsatzes von Treu und Glauben (§ 242 BGB) entwickelte Rechtsinstitut der Verwirkung ist grundsätzlich auch im Sozialrecht anerkannt. Danach entfällt eine Leistungspflicht, wenn der Berechtigte die Ausübung seines Rechts während eines längeren Zeitraums unterlassen hat und weitere besondere Umstände hinzutreten, die nach den Besonderheiten des Einzelfalls und des in Betracht

kommenden Rechtsgebiets das versp $\tilde{A}$ xtete Geltendmachen des Rechts nach Treu und Glauben dem Verpflichteten gegen $\tilde{A}^{1}$ 4ber als illoyal erscheinen lassen. Solche die Verwirkung ausl $\tilde{A}$ ¶senden besonderen Umst $\tilde{A}$ xnde liegen vor, wenn der Verpflichtete infolge eines bestimmten Verhaltens des Berechtigten (Verwirkungsverhalten) darauf vertrauen durfte, dass dieser das Recht nicht mehr geltend machen werde (Vertrauensgrundlage), der Verpflichtete tats $\tilde{A}$ xchlich darauf vertraut hat, dass das Recht nicht mehr ausge $\tilde{A}^{1}$ 4bt wird (Vertrauenstatbestand) und sich infolgedessen in seinen Vorkehrungen und Ma $\tilde{A}$ nahmen (Vertrauensverhalten) so eingerichtet hat, dass ihm durch die versp $\tilde{A}$ xtete Durchsetzung des Rechts ein unzumutbarer Nachteil entstehen w $\tilde{A}^{1}$ 4rde (stRspr.; vgl. weiterhin nur BSG v. 07.04.2022 $\hat{A}$   $\hat{a}$ 0 $\hat{A}$ 1  $\hat{A}$ 2  $\hat{A}$ 3  $\hat{A}$ 3  $\hat{A}$ 2  $\hat{A}$ 3  $\hat{A}$ 3  $\hat{A}$ 4  $\hat{A}$ 5  $\hat{A}$ 5

# Â

Der Beginn der VerjĤhrung der (Erstattungs-) Forderung des Beklagten erst nach der abschlieÄ $_{\square}$ enden Entscheidung und Festsetzung der zu erstattenden Leistungen (vgl. hierzu z.B. Senatsentscheidung v. 16.12.2021 â $_{\square}$  L 7 AS 234/19 â $_{\square}$  n.v. S. 6 ff. u.a. unter Verweis auf die Senatsentscheidung v. 07.01.2021 â $_{\square}$  L 7 AS 726/20 B ER â $_{\square}$  juris Rn. 28) wirkt sich nicht auf das Vorliegen einer Verwirkung der Geltendmachung von Rechten aus, da sie unabhĤngig von (Ausschluss-) Fristen und der VerjÄ $_{\square}$ hrung zu prÄ $_{\square}$ 4fen ist (so auch z.B. BSG v. 14.07.2022Â â $_{\square}$  B 3 KR 2/22 R â $_{\square}$  Rn. 17 ff.).

# Â

Ob ein â la rechtsaus Zeitraum als des Unterlassens der Rechtsaus Wahlen als Voraussetzung einer Verwirkung nicht vor Ablauf einer Frist von vier Jahren angenommen werden kann (vgl. hierzu wiederum z.B. Sāxchs. LSG v. 10.12.2020 â la L3 AS 505/18 â la juris â la Rn. 38 u.a. unter Bezug auf BSG v. 06.10.1977 â la 7 RAr 55/76 â la juris Rn. 52 und BSG v. 01.07.2014 â la B 1 KR 2/13 R â la Rn. 18 ff., wonach regelm Āxā la eine Zeitspanne der Untāxigkeit von vier Jahren als unterste Grenze angesehen werde, um Verwirkung annehmen zu kā nnen, bzw. das Rechtsinstitut der Verwirkung als ergāxnzende Regelung innerhalb der kurzen vierjāxhrigen Verjāxhrungsfrist grundsāxtzlich nicht passe; vgl. hierzu aus jā 1/4 ngerer Zeit weiterhin z.B. BSG v. 26.01.2022 â la B 6 KA 4/21 R â la Rn. 39 m.w.N.; an diese Rspr. anknā 1/4 pfend und bei einem Zeitablauf von fā 1/4 nf Jahren und weiteren besonderen Umstāxnden von einer Verwirkung ausgehend z.B. Hess. LSG v. 04.08.2021 â la L6 AS 268/19 â la juris Rn. 58 ff.), kann aufgrund der konkreten Umstāxnde des Einzelfalls (hierzu spāxter) dahinstehen, auch wenn hierfā 1/4 der im Sozialrecht allgemein geltende Zeitraum von vier Jahren (vgl. z.B. â 45 Abs. 1 SGB I, â 25 Abs. 1 Satz 1 SGB IV, â 44 Abs. 4 Satz 1 SGB X) spricht.

### Â

Für die Annahme eines â∏∏ängeren Zeitraumsâ∏ kann weiterhin nicht die im SGB II auf ein Jahr verkürzte sog. Verfallfrist des § 44 Abs. 4 Satz 1 SGB X (§ 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II i.d.F. des Gesetzes v. 24.03.2011, BGBl. I S. 453 bzw. nunmehr § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2

SGB II i.d.F. des Gesetzes v. 26.07.2016, BGBI. I S. 1824, § 40 SGB II n.F.; vgl. hierzu z.B. BSG v. 14.05.2020 â∏ B 14 AS 10/19 R â∏ Rn. 11 ff.) entsprechend angewandt werden, da sie für die sog. Ã∏berprüfung einer abschlieÃ∏enden Entscheidung und Festsetzung der zu erstattenden Leistungen ebenso nicht (unmittelbar) anwendbar ist und auch insoweit die allgemeine Vierjahresfrist gilt (zu § 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II n.F. vgl. z.B. BSG v. 13.07.2022 â∏ B 7/14 AS 57/21 R â∏ Rn. 28 ff.). Davon abgesehen galten die Ã∏nderungen des § 40 Abs. 1 Satz 2 SGB II zumindest für den in diesem (Leit-) Verfahren der Beteiligten streitigen Monat März 2011 noch nicht.

### Â

Andere  $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde  $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Annahme einer Verwirkung, wenn vorgenannte Entscheidungen nicht innerhalb eines Jahres (vgl. entsprechend zu einer besonderen Abrechnungskonstellation z.B. BSG v. 10.05.2017  $\hat{a}_{\square}$  B 6 KA 10/16 R  $\hat{a}_{\square}$  Rn. 34 f.) nach Ablauf des Bewilligungszeitraums oder abschlie $\tilde{A}_{\square}$ enden Angaben zum Einkommen (hierzu sogleich) ergehen, liegen nicht vor.

# Â

Zur Bestimmung des â∏längeren Zeitraumsâ∏ ist hier nicht auf den Zeitablauf zwischen dem Ende des Bewilligungszeitraums (ab April 2011) und der (ersten) abschlieà enden Entscheidung und Festsetzung der zu erstattenden Leistungen (Oktober 2015) auszugehen, da vorgenannte Entscheidungen grundsÄxtzlich erst erlassen werden konnten, nachdem abschlieÃ⊓ende Angaben zum Einkommen erfolgten (hier im März 2013). Darauf hat der Beklagte auch zutreffend hingewiesen (Bescheid v. 11.03.2011, S. 2). Die anschlieà ende alleinige UntÃxtigkeit des Beklagten von reichlich zwei Jahren und sechs Monaten genügt für die Annahme einer Verwirkung nicht, da hierfür noch besondere Umstände hinzutreten mýssen (vgl. bereits zuvor). Der schlichte Zeitablauf stellt grundsÃxtzlich kein die Verwirkung begründendes Verhalten dar (vgl. weiterhin z.B. BSG v. 21.04.2015Â  $\hat{a} \sqcap \exists KR 7/15 R$   $\hat{a} \sqcap \exists KR 7/15 R$ A  $\hat{a} \sqcap \exists$ â□□ Ausnahme und Baumeister in: jurisPK-SGB X, 2. Aufl., §Â 50 Rn. 131, Stand: 23.02.2022, dem folgend letztens z.B. LSG Berlin-Brandenburg v. 14.10.2022Â â∏ L 9 AS 458/19Â â□□ Rn. 64 f.). Als ein solcher Umstand kommt â□□ wie zutreffend vom SG angeführt â□□ zwar der weitere Hinweis des Beklagten in Betracht, wonach ohne ̸nderungen und Antrag kein neuer Bescheid ergehe (*vgl. a.a.O.*). Indes genügt dieser Umstand weder für sich noch insgesamt betrachtet zumindest dann nicht, wenn sich â∏ wie hier â□□ aus den abschlieÃ□enden Angaben (550,- â□¬ Gewinn) offensichtlich erhebliche à nderungen im Vergleich zu den voraussichtlichen Angaben (Verlust statt Gewinn) ergeben. Weitere Tatsachen fýr die Verwirkung auslösende besondere <u>UmstĤnde</u> sind weder vorgebracht noch erkennbar.

#### Â

Der Bescheid vom 28.12.2016 über die Festsetzung der zu erstattenden Leistungen ist

ebenso rechtmÃxÃ $_i$ ig, insbesondere hinreichend bestimmt (zu diesem Erfordernis vgl. z.B. BSG v. 08.12.2020 â $_i$  B 4 AS 46/20 R â $_i$  Rn. 22 ff.).

#### Â

Ob und unter welchen Voraussetzungen von der Vollstreckung der gegenst $\tilde{A}$ xndlichen Erstattung abgesehen werden kann ( $\hat{A}$ y 44 SGB II), ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens (zur Trennung der Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren vgl. z.B. BSG v. 14.05.2020  $\hat{a}$  B 14 AS 28/19 R  $\hat{a}$  insb. Rn. 34, 40).

### Â

Die Kostenentscheidung beruht auf  $\hat{A}\S 193$  SGG. Dabei konnte der geringe Erfolg des Kl $\hat{A}$ ¤gers im Vorverfahren (zur einheitlichen Kostenentscheidung auch insoweit vgl. z.B. BSG v. 19.10.2016 $\hat{A}$   $\hat{a}$   $\hat{a}$   $\hat{b}$   $\hat{b}$ 

### Â

Grýnde fýr die Zulassung der Revision (§ 160 Abs. 2 Nr. 1, 2 SGG) liegen nicht vor. Zum einen handelt es sich aufgrund der vorgenannten RechtsÃ $\alpha$ nderungen zum 01.08.2016 um sog. ausgelaufenes Recht (zur grundsÃ $\alpha$ tzlichen Bedeutung in diesen FÃ $\alpha$ llen vgl. z.B. BSG v. 23.09.2022 â $\alpha$ 0 B 10 EG 4/22 B â $\alpha$ 0 Rn. 12). Zum anderen kommt es fÃ $\alpha$ 4r das Vorliegen einer Verwirkung stets (auch) auf die besonderen UmstÃ $\alpha$ 4 des Einzelfalls und nicht nur auf einen schlichten Zeitablauf an.

Â

Erstellt am: 05.01.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024